

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

51. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. — Preisbezug, Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonntags. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 1. März 1913

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinhalte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 25

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Rückblicke und Ausblicke, XI. — Zur Generalversammlung: Eine ideale Forderung; Die gestellten Anträge und ihre Stellungnahme.
Gewerkschaftsrevue: Stillstand der christlichen Gewerkschaftsbewegung. — Fortschritte der Gelben in Rheinland-Westfalen. — Arbeitswilligenlohn und Streikspolierverbot. — Vom Stande der Tarifbewegungen im Holz-, Maler-, Schneider- und Baugewerbe.
Korrespondenzen: Bielefeld. — Chemnitz. — Darmstadt. — Dortmund. — Duisburg. — Gushirchen. — Fulda. — Bezirksverein Soghtkreis. — Pflaen. — Ralibor. — Trier.
Rundschau: Buchdruckerberufsgenossenschaft und Schnellpressenfabriken. — Betriebsunfall mit tödlichem Ausgang. — Zarliche Beschneidung im deutschen Porzellan- und Reibstiftgewerbe. — Schiedspruch der Unparteiischen für das deutsche Malergewerbe. — Rückgang der Fleischimporte nach Deutschland. — Gegenwartsaufgaben der englischen Gewerkschaften.

□ □ Rückblicke und Ausblicke □ □

XI.

Bevor wir uns mit den Hauptschmerzen der Maschinenföher und der Maschinenbesitzer befassen, als da sind auf Gehilfenseite Überangebot von Arbeitskräften, zu hohe Leistungsanforderungen, das Anlernen an den Maschinen und die Sehmachenschulen — auf Prinzipalsseite Mangel an Maschinenföheren, mangelnde Leistungsfähigkeit und sonstige Unfähigkeit, ist es notwendig, eine Parallele zwischen dem Aufschwung unsres Gewerbes, dessen Entwicklungsgang und der Ausbreitung der Sehmachine zu ziehen. Da findet sich der Schlüssel zur Aufklärung unsrer heutigen Verhältnisse und zur Erklärung der mit weniger oder mehr Recht von beiden Seiten recht beweglich behaupteten und geschilderten Mißstände. Einiges ist darüber ja schon in dem Kapitel über die Entwicklung des Sehmachinenwesens (Nr. 22) gefagt, aber auf den Kernpunkt wurde noch nicht eingegangen. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß heute noch die gleichen Klagen gehen, und daß sie auch bis zu dem hoffentlich nicht mehr fernen Termine zu hören sein werden, an dem die Überfüllung unsres Gewerbes mit Sehmachinen außer Frage ist.

Wenn auch dann von keinem Stillstande der Sehmachineneinföhrung wird gesprochen werden können, da sonst die gewerbliche Produktion zurückgehen müßte, was mit allgemeinem Daniederliegen des Buchdrucks gleichbedeutend, also nicht zuletzt für die Gehilfenschaft schädlich sein würde, so wären wir dann aber doch in die wünschenswerte Phase ruhigerer Entwicklung gelangt. Wenn die technische Umwälzung einmal aus der Periode der Überfüllung heraus ist und die Verhältnisse stabilere geworden sind, würde auch ein Mangel an Maschinenföheren von der einen Seite nicht mehr behauptet, von Gehilfenseite nicht mehr bestritten werden. Wie die Dinge aber jetzt liegen bzw. in den letzten Jahren gelagert waren, braucht man sich nicht zu wundern, daß in der Frage des Mangels an Maschinenföheren wie auch in dem noch diffizileren Punkte der Leistung starke Gegenfähigkeiten in der Erscheinung trafen. Berücksichtigt man noch, daß speziell in der Sehmachinenfrage der Standpunkt der Prinzipale sich merklich geändert hat, wozu einesseits die durch die Entwicklung geförderte Erkenntnis der Bedeutung der Sehmachine, andernteils nicht zu leugnende scharfmacherische Einflüsse befrugen, so haben wir bis zu einem gewissen Grade die Erklärung für die gegenwärtige ungeklärte Situation. Mit Maggi gewürzt wird sie noch durch die auch den Buchdruckern nicht unbekanntere Übertreibungshuch. Wir wissen,

daß viele unsrer Kollegen darin etwas leisten, wissen auch, daß die Maschinenföher ihr Licht dabei nicht unter den Scheffel stellen. Aber Ehre, wem Ehre geböhrt: unsre Prinzipale verstehen meißterlich zu verallgemeinern und aufzubauchen! Mit zehn schwachen Arbeitskräften schlagen sie die Verdienste von hundert guten tot, und die der besonderen Umstände wegen nicht leichte und auch nicht so schnell zu er-möglichte Befriedigung selbst der kleinsten Druck-orde mit den verlangten Gehilfen läßt sie zu Schlußfolgerungen kommen, die nicht selten kühn über das Ziel hinauschießen.

Unser Gewerbe hat bekanntlich eine enorme Ausdehnung in den letzten drei Jahrzehnten genommen. Nach den Reichsgewerbestatistiken 1882, 1895 und 1907 ist die Zahl der Druckereibetriebe in diesen 25 Jahren von 3547 auf 8948 gestiegen, was eine Zunahme um 152 Proz. bedeutet. Aber wie ist diese Entwicklung vor sich gegangen? Die Kleinbetriebe zeigen eine Vermehrung um 140,56 Proz., die Mittelbetriebe eine solche um 148,22 Proz. Die Großbetriebe indessen hatten in dem Zeitraume von 25 Jahren die Zunahme von 273,84 Proz. aufzuweisen. Dennoch nahmen diese letzteren nach dem Ergebnisse der Reichsgewerbestatistik von 1907 ihrer Zahl nach eine bescheidene Stellung in dem Gesamtbild ein, da sie mit 486 Druckereien nur 7 Proz. ausmachten; die Kleinbetriebe hingegen 45 Proz. und die mittleren Druckereien 48 Proz.

Seit 1907 ist die Entwicklung zum Großbetrieb nun unverkennbar vor sich gegangen. Nachzuweisen ist das einstweilen nur an den Ziffern der Berufs-genossenschaft, die unter den ihr angehörigen Druckereien 8,4 Proz. Großbetriebe im Jahre 1911 feststellen konnte. Die Mittelbetriebe beanspruchten 45,9 Proz., die Kleinbetriebe 45,7 Proz. Das charakteristische Gepräge unsres Gewerbes wäre äußerlich demnach fast unverändert geblieben.

Wie jedoch von uns bei den seit den ersten Veröffentlichungen (August 1909) über die letztmalige Reichsgewerbestatistik angestellten Untersuchungen über die Gliederung unsres Gewerbes jedesmal betont worden ist, liegt ein ganz wesentliches Moment in den Vergleichen über die Zahl der in den drei Betriebsseihen fähigen Personen, die aber nicht als Buchdruckergehilfen, sondern als überhaupt Beschäftigte anzusehen sind. Da würde unter Gegenüberstellung der Zahlen der Reichsstatistik von 1907 und der aus dem Berufs-genossenschaftsberichte für 1911 zu ermittelnden der Entwicklungsgang nun folgender sein:

	1907	1911	Beschäftigte
Kleinbetrieb	8	5,7	5,7 Proz.
Mittelbetrieb	49	35,5	"
Großbetrieb	43	58,8	"

Der Kleinbetrieb behauptet sich also trotz der unleugbaren Existenzschwierigkeiten mit erstaunlicher Energie. Daß die Mittelbetriebe einen solchen Rückgang genommen haben sollten, leuchtet uns nicht ein, und da zwischen der alles umfassenden und schließlich auch auf einem andern Systeme sich aufbauenden Reichsstatistik sich sehr wohl ein Widerspruch zu den Ziffern unsrer Berufs-genossenschaft ergeben kann, so stellen wir nur deren Jahreszahlen von 1907 und 1911 zueinander in Vergleich, wobei sich folgendes ergab:

	1907	1911
Druckereien:		
Kleinbetrieb	44,4	45,7
Mittelbetrieb	47,5	45,9
Großbetrieb	8,1	8,4

Beschäftigte Personen:

	1907	1911
Kleinbetrieb	5,8	5,7
Mittelbetrieb	38,5	35,5
Großbetrieb	55,7	58,8

Es kann also keinem Zweifel unterliegen: Der Großbetrieb nimmt der Zahl der Druckereien nach langsam aber sicher zu, hinsichtlich der Beschäftigten geht es indes rasch vorwärts; der Mittelbetrieb zeigt in beiderlei Beziehung einen merklichen Rückgang; der Kleinbetrieb jedoch liefert ein ziemlich konstantes Bild.

Im Zeitalter der Sehmachine ist das ein höchst beachtenswerter Entwicklungsprozeß. Es dürfte unbefristet sein, daß zur maschinellen Sabherstellung drei Momente drängen: 1. die Produktionsvermehrung; 2. die gegen früher erheblich beschleunigte Lieferung der Drucksachen; 3. die Konkurrenz. In allen drei Punkten ist der Großbetrieb im Vorteil. Der Mittelbetrieb hat den schwierigsten Stand, denn er rivalisiert ja mit dem Großbetriebe, kann aber selbstredend es diesem nicht gleich tun. Daß jedoch der Kleinbetrieb, der keinesfalls von den Anforderungen der Schnelligkeit und der besseren Drucksachenausstattung unberührt bleibt, bei diesem Laufe der Dinge nicht zwischen die Puffer gerät, muß wundernehmen. Dem Kleinbetriebe ist also die Anerkennung nicht zu versagen, daß er den veränderten Verhältnissen sich anzupassen versteht.

Die Buchdruckerberufsgenossenschaft hat anerkanntenswerterweise ihre Jahresberichte gewerbestatistisch so ausgebaut, daß daraus für manche wichtige Frage Aufklärung zu holen ist. Auch für die hier besprochenen Entwicklungstendenzen findet man darin einige Aufschlüsse. Allerdings erscheint uns die Zahl der für 1907 angegebenen Maschinenföher zu gering; bis zu diesem Jahre reichen nämlich in dieser Beziehung die Ausweise zurück. Doch glauben wir nicht, daß hinsichtlich der prozentualen Zunahme der Maschinenföher in den drei Betriebsgruppen sich zu große Abweichungen ergeben. Wir würden also die interessante Tatsache zu verzeichnen haben, daß darin die Kleinbetriebe (bis zu 5 beschäftigten Personen) sowohl die Mittelbetriebe (6—50 Beschäftigte) als auch die Großbetriebe (von 51 aufwärts) relativ übertröffen haben. Denn es hatten an Maschinenföheren aufzuweisen:

	1907	1911	Proz. Zunahme
Kleinbetriebe	21	63	200
Mittelbetriebe	762	1937	154
Großbetriebe	972	2674	175

Als Kollege Glaser (unsrer jetziger Hauptverwalter) auf dem ersten Maschinenföherkongresse Ostern 1906 in Berlin als Referent darauf aufmerksam machte, daß die Provinz den Städten in der Sehmachineneinföhrung weit voraus sei, wird das wohl nicht so ohne weiteres geglaubt worden sein. Was er anführte: 440 Sehmachinenbetriebe in der Provinz und 220 nur in den Städten, war jedoch den Tatsachen entsprechend. Und daß selbst die kleinsten Druckereien sich die technischen Fortschritte zu eigen zu machen wissen, sehen wir ja an den hier vorgeführten Zahlen. Also die Städte hatten etwas einzuholen. Zum Teil geschah das so gründlich, daß weniger die Produktionsvermehrung und wohl auch nicht so die Produktionsbeschleunigung — welchen Faktor in unsern modernen Druckereiwesen man ja nicht übersehen sollte — als vielmehr die liebe Konkurrenz die eigenliche Triebfeder dazu war.

Betrachtet man sich die Ausbreitung der Sehmachine ohne irgendwelche Unterscheidung nach Druckereigrößen, dann läßt sich erst der Übergang zum Maschinenbetrieb in seiner Schnelligkeit ermessen. Nach den Statistiken des Tarifamts (die für 1912 kann selbstverständlich noch nicht mit angeführt werden) ergeben sich nachstehende Zahlen:

Jahr	Orte	Firmen	Sehmaschinen	Maschinenseher
1901:	111	185	389	525
1903:	203	383	902	1118
1906:	—	—	1468	2030
1907:	—	836	1879	2582
1910:	—	1237	2916	3898

Für 1906, 1907 und 1910 lassen sich nicht alle Rubriken ausfüllen. Wie notwendig eine Fortsetzung der Angaben auch hier wäre, ist an ihrem Fehlen am besten zu ersehen.

In dem Zeitraume von zehn Jahren hätten also die Sehmaschinenbetriebe um 569 Proz., die Maschinenseher um 643 Proz. und die Sehmaschinen selbst um 650 Proz. zugenommen. Nehmen wir gleich die tarifamtlich für 1901 und die von der Zentralkommission für 1910 ermittelten Orte mit Sehmaschinenbetrieben hinzu, so ist hier eine Steigerung um 511 Proz. eingetreten. Das alles ist gewiß ein kolossales Wachstum.

Für die Handseher lassen sich die Veränderungen erst von 1903 an genau verfolgen. Die Tarifamtsstatistik führt von diesem Zeitpunkt ab die Handseher gesondert. Es waren also vorhanden an Handsehern im Jahre 1903: 32018, 1906: 35666, 1907: 36897, 1910: 40239. Somit zeigen diese in acht Jahren 25,68 Proz. Zunahme. Die Drucker (aber nur diese) wurden 1903 mit 7323 aufgeführt, 1910 indes mit 11472. Das würde eine Steigerung von 56,66 Proz. bedeuten. Käße unser Gewerbe nicht den glänzenden Aufschwung genommen, würde die gerade vor zehn und zwölf Jahren intensiv gewordene Sehmaschinenausbreitung das Anwachsen der Handseher noch ganz anders behindert haben.

Wir haben auch die Statistiken der Zentralkommission der Maschinenseher mit in unsere Erwägungen einbezogen. Da ergibt sich sogar noch ein größerer Siegeslauf der Sehmaschine. Die Differenz in diesen Zahlen zu denen des Tarifamts erklärt sich wohl aus dem Ausnahmetermin der Statistiken, der bei der Zentralkommission meist das Jahresende war; außerdem sind hier die Monotypseher immer mitgezählt. Es sei jedoch diese Aufstellung mit angeführt, nämlich:

Jahr	Orte	Firmen	Sehmaschinen	Maschinenseher
1903:	261	496	1040	1475
1905:	—	—	1399	2069
1907:	496	1050	2256	3174
1910:	680	1447	3403	4452

Die 1912 aufgenommene Statistik ist leider unvollständig und für Zwecke wie diese weitabzielenden überhaupt nicht verwendbar.

Rechnet man die Zahl der Druckereien weiter, wie sie nach dem Adreßbuche von Klimsch in den letzten Jahren Zunahme zeigen, so hätten wir jetzt in Deutschland rund 9800 Druckereien, eingerechnet die Betriebe, die Buch- und Steindruck führen. Nach den hier angeführten Untersuchungen würde die Ziffer von 5000 Sehmaschinen sogar schon etwas übersteigen sein und die der Maschinenseher dürfte bis zu 5500 betragen. Wurde in unserer Jahresrevue für 1909 an einem (mechanischen) Rechenexempel gesagt, auf jede dritte Druckerei käme eine Sehmaschine, so würde das jetzt schon auf jede zweite zutreffend sein.

Die Produktionsbeschleunigung dürfte einstweilen weiten Ansprüchen genügen, die Produktionsvermehrung wird vorderhand zu bewältigen sein, so daß wir im allgemeinen wie in Betracht der kleinen Provinzverhältnisse speziell wohl mit einem langsameren Tempo der Sehmaschineneinführung rechnen können. Was Hoffnung, Wunsch und Notwendigkeit für die Gehilfenschaft zugleich ist, und aller Voraussicht nach durch die im vorhergehenden Artikel behandelte Frage der Rentabilität der Sehmaschine unterläßt werden wird. Diese hat zwar noch eine Seite, die für sie sprechen müßte, nämlich die Ersparnis des Ablegens, der Defektbestellung und den Vorteil des stehenden Sakes in weit größeren Mengen als beim Handfab. Aber abgesehen davon, daß das letztere Moment hauptsächlich für größere Betriebe in Betracht kommt, diese dafür jedoch nicht so selten das Nutzen eines

Teils ihrer Maschinen in Kauf zu nehmen haben, was eine gar teure Sache ist, müssen alle Maschinenbesitzer mit einem Umfande rechnen, der zu dem ganzen Kalkül mit den Sehmaschinen schlecht paßt, das ist die schnelle Abnutzung. Sie wird um so mehr ins Gewicht fallen, je intensiver die Ausnutzung der Maschinen betrieben wird. Die aber ist ein unbeeinträchtigtbares Maß bei dem heutigen Stande der technischen Entwicklung; woraus erhellt, daß diese nicht nur für die Gehilfenschaft, sondern auch für die Prinzipale zwei Seiten hat. Freilich überwiegt bei uns die unerfreuliche, das Nachteilige daran weiß mehr als bei der Prinzipalität.

□□□ Zur Generalversammlung □□□

Eine ideale Forderung.

Unter den Wünschen zur Generalversammlung nehmen mit wenigen rühmlichen Ausnahmen die Anregungen zur Erhöhung der materiellen Unterfertigungen die erste Stelle ein. Die Regelung der Unterfertigungen wird auf der Generalversammlung des Verbandes aber bei weitem nicht die Bedeutung haben, die ihr von den Kollegen beigemessen wird, die nun einmal gewohnt sind, alles aus der Großperspektive zu betrachten und alle Einrichtungen auf ihren materiellen Wert zu prüfen. Die „Fragen der inneren und äußeren Gewerdepolitik“ werden vielmehr mit solcher Ausdringlichkeit an unsere Delegierten herangetragen, daß mancher Antrag materieller Natur in den Sintergrund treten muß.

Ich möchte nun die Aufmerksamkeit der Generalversammlung auf eine Frage lenken, über die es sich wohl verlohnt, zu reden, zumal sie durch die technische Entwicklung zu einer akuten geworden ist: die Manuskriptfrage.

Wer als wissenschaftlicher Werkseher sein buchdruckerisches Dasein fristet, der weiß, was schlechtes Manuskript bedeutet. Ein erfahrener Werkseher birgt ja nicht selten ein durch Selbststudium und jahrelange Berufstätigkeit erworbenes umfangreiches Wissen in sich, das sich mit den Kenntnissen manches „höher“ Gebildeten getrost messen kann. Aber doch wird auch ihm durch schwieriges und unerlehrtes Manuskript die Arbeit erschwert und seine Nervenkraft aufgebraucht. Was in bezug auf schlechtes Manuskript besonders die Mediziner leisten, davon erhält der Werkseher einen Begriff, wenn er ein „Storpost“-Manuskript zu sehen hat, das stüchtig mit „Tinten“ oder „Weißblei“ dicht beschriebenen ist. „Kommen dazu“ noch „Anordnungen“ des Verlegers über „Strenge“ einzuhaltende „Abkürzungen“, besondere Orthographie (mit den diversen „Ausnahmen“), so besteht die Arbeit des Seheren nicht mehr im Lesen und Sehen, sondern er studiert an dem Manuskript unter Zuhilfenahme von Lexikon und einschlägiger Literatur.

Auch die Überseher fremder Sprachen tun oft ihr Möglichstes. Hat schon jeder Ausländer eine eigenartige Schreibweise (wer kennt nicht die stüchtige Schrift der Engländer und Franzosen!), so wird das Sehen fremdsprachlicher Manuskripte durch unrichtiges Zusammenlesen und Auseinanderreißen der Hilfsblätter noch weiter erschwert. Oft trifft dazu noch eine umfangreiche Sachumstellung des Herausgebers, so daß ein derart bearbeitetes Manuskript das Aussehen einer mehrfarbigen Seismographenkurve erhält.

Bergen die so geschicktesten Manuskriptisten schon für den belehnten Handseher manche Schwierigkeiten, so werden sie für den Maschinenseher vollends zur Kalamität. Wenn bei Einführung der Sehmaschine der Grundsatz galt: „Nur gutes, stehend lesbares Manuskript an die Maschine“, so ist man über diese Gedanken längst hinaus. Durch bedeutende technische Verbesserungen haben die Sehmaschinen fast alle Gebiete der Satztechnik an sich gerissen. Wer heute durch die großen Druckhäuser unserer Bicherstadt geht, kann sich ein Bild von dieser Umwälzung machen. Mit dieser Entwicklung sind auch die diffizilsten Arbeiten an die Maschinen gewandert. Der Maschinenseher hat sich damit abzufinden und findet sich damit ab. Was ihm aber andauernd Schwierigkeiten bereitet und ständig neue Reibungsflächen zwischen Seher und Geschäftsleitung schafft, das ist schwierig lesbares und mangelhaft redigiertes Manuskript.

Nun sieht ja der Tarif für derart beschaffene Manuskripte entsprechende Zuschläge vor. Da aber diese Zuschläge der freien Vereinbarung zwischen Prinzipal und Gehilfen überlassen sind und im Zweifelsfalle die Schiedsgerichte entscheiden, so haben uns gerade die Erfahrungen der letzten Zeit gelehrt, daß dieses Verhandeln oft mit einem Abhandeln für den Gehilfen verbunden ist. Hier gilt es noch einen steinigen Boden zu beachern. Da es noch an Erfahrungen im Berechnen des Maschinenfabes fehlt, so werden dem Maschinenseher vielfach nur die analogen Manuskriptenschädigungen des Handfabes gewährt. Zu welchen Unmöglichkeiten dies aber führt, mag nachstehendes Beispiel illustrieren. Angenommen ist Pefit Fraktur mit 10 Proz. Manuskriptenschädigung:

10000 Buchstaben Pefit Fraktur, Handfab = 440 Pf.
10 Proz. Manuskriptenschädigung = 44 Pf.
10000 Buchstaben Pefit Fraktur, Maschinenfab = 116 Pf.
10 Proz. Manuskriptenschädigung = 11,6 Pf.

Der Maschinenseher erhielt also nach diesem Berechnungsmodus etwa den vierten Teil von der Entschädigung für die gleiche Menge der geistigen Arbeit der Manuskriptisten, die dem Handseher zukäme und die doch auch schon das Mindeste des zu Gewährenden darstellte.

Berücksichtigt man ferner, daß der Maschinenseher nebenbei noch den Gang der Maschine zu beaufsichtigen hat und so allem Überflusse vielleicht noch mit einem Vorgehen beglückt ist, der seinen Beruf als Beunruhigungs-bazillus verfehlt hat, so wird es jedem klar, daß es hier mit tariflichen Prozentausschlägen allein nicht mehr getan ist. Hier muß eine durchgreifende Besserung von Grund auf eintreten. Denn nicht nur der Berechner steht hier auf heikeln Boden, sondern auch der Maschinenseher im Gewißgelde, der sein Tagewerk mit dem zwölfspeiligen Tageskontrollzettel beginnt und endet, befindet sich hier in Abwehrstellung.

Diese Mißstände sollten auf der Generalversammlung diskutiert und der Verbandsvorstand beauftragt werden, die Prinzipalorganisation zu veranlassen, bei ihren Auftraggebern, den Verlegern, auf Besserung der Manuskriptverhältnisse zu dringen. In ganz krassen Fällen geschieht dies zuweilen jetzt schon; daß in diesem Punkte aber noch viel zu bessern ist, beweisen die zahlreichen Klagen der Maschinenseher, beweist auch die tägliche Praxis immer wieder aufs neue. Hier haben die Verleger ein dankbares Betätigungsfeld zur Förderung des technischen Fortschritts, und die von ihnen bei der letzten Tarifrevision so energisch und erfolgreich geforderte „Entfesselung der Maschine“ wird für die Verleger erst dann praktischen Wert haben, wenn sie sich zu der Erkenntnis durchringen, daß diese Entwicklung nicht allein auf Kosten der Gehilfen geschehen kann, und daß eine durchgreifende Besserung der oben geschilderten Mißstände auch im eignen wohlverstandenen Interesse der Verleger liegt. Daß sie dazu imstande sind, lehrt ihre sonstige Mäßigkeit. Hic rhodus, hic salta!

Daß auch die Maschinenseher unablässig bemüht sind, ihre Kenntnisse zu erweitern, um sich den neuen, schwierigen Verhältnissen anzupassen, das beweist die rege, uneigennütige Arbeit der technischen Kommissionen in den Vereinigungen, das beweist auch die rege Teilnahme der Maschinenseher an zahlreichen Fortbildungskursen. Seit Jahren besuche ich die studentischen Unterrichtskurse und weiß aus eigener Erfahrung, daß sich die Teilnehmer besonders bei den fremdsprachlichen Kursen bis zu 40 Proz. aus Maschinensehern rekrutieren. Ein Zeichen, daß die Kollegen von der Maschine ihre Zeit begriffen haben.

Wenn man dagegen sehen muß, daß der Maschinenseher oft einen Kampf um die berechtigtesten Interessen führen muß, dann möchte ich allen denen, die es angeht, die Worte Freiligraths zurufen:

Geh jeder seinen Stirn
Hinterm Flügel, doch auch dessen,
Der mit Schilde und mit Stirn
Sungend pflügt, sei nicht vergessen!

Leipzig.

D. Masche.

Die gestellten Anträge und unsere Stellungnahme.

Es ist gewiß begreiflich, daß wenn der Zeitpunkt der Tagung unseres Parlaments heranrückt, die Mitglieder ihre Wünsche in Gestalt von Anträgen zum Ausdruck bringen. Jede Mitgliedschaft stellt wohl ihre Anträge aus lokalen Vorkommnissen und Anschauungen heraus, ohne ihre Wirkung auf die Allgemeinheit im Auge zu behalten oder ihre Durchführbarkeit zu prüfen.

Die Frist, welche zur Einreichung von Anträgen festgesetzt wurde, ist inzwischen abgelaufen. Nach Veröffentlichung der Anträge wird es nun Sache der Kollegen in den Orts- und Bezirksvereinen sein, dieselben zu besprechen und hierbei besonders die Anträge der Gauvorsteherkonferenz eingehend zu würdigen. Es ist zu bedauern, daß diese Anträge nicht schon früher zur Veröffentlichung gelangten. Jedenfalls wäre dann mancher Antrag, der keine Aussicht auf Gegenliebe bei den noch zu wählenden Generalversammlungsdelegierten hat, nicht gestellt worden. Wenn ich eingangs meines Artikels bemerkte, daß Anträge vielfach von der lokalen Perspektive aus gestellt wurden, so sei jedoch nicht verkannt, daß darunter auch solche sind, die sehr wohl Berechtigung haben, wie ja auch einige der im „Korr.“ geäußerten Wünsche volle Beachtung verdienen.

Die von der Gauvorsteherkonferenz gemachten Vorschläge fragen nun den Anträgen auf Verbesserung in den Unterfertigungseinrichtungen insoweit Rechnung, als die älteren Mitglieder, allerdings auf Kosten der jüngeren, hierbei berücksichtigt werden. Es kann deshalb bei Annahme solcher gestellten Anträge dies von den jüngeren Mitgliedern als eine Verschlechterung des bestehenden Zustandes betrachtet werden. Doch müssen dieselben auch so objektiv sein, anzuerkennen, daß eine solche „Verschlechterung“ ihnen bei einer höher geleisteten Anzahl von Beitragswochen wieder zugute kommt.

Deshalb, Kollegen, legt nach der Veröffentlichung der gestellten Anträge bei eurer Kritik in den Beratungen den richtigen Maßstab an, damit die Delegierten zur Generalversammlung ein klares Bild haben von der Stimmung der Mitglieder. Mögen die Delegierten alsdann ein Geheiß schaffen zum Segen unserer Organisation und zur Zufriedenheit aller Kollegen!

C. Sch.

□□□□ Gewerkschaftsrevue □□□□

Die ersten Monate des neuen Jahrs förderten recht bemerkenswerte Resultate über den Stillstand der christlichen Gewerkschaftsbewegung auf. Die an das „Reichsarbeitsblatt“ berichtenden Gewerkschaften mit Arbeiterlosenunterstützung mußten Ende 1912 2161470 Mitglieder, gegen 2038002 Mitglieder am gleichen Termine des Jahres 1911. Die sich ergebende Zunahme von 123468 macht also über 6 Proz. aus. Bei den Christlichen ist in-

dessen ein Stillstand, in einigen Verbänden sogar ein direkter Rückgang der Mitgliederzahl festzustellen. Zu den Verbänden, die einen Mitgliederverlust zu verzeichnen haben, gehören die christlichen Organisationen der Textilarbeiter und der Metallarbeiter. Während der freie Textilarbeiterverband Ende 1912 eine Zunahme von über 10000 Mitgliedern gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres buchen konnte, hatte der christliche Verband einen Verlust von 711 Mitgliedern zu verzeichnen. Der Deutsche Metallarbeiterverband erhöhte die Zahl seiner Mitglieder um 30394, die christliche Organisation aber verlor im gleichen Zeitraum 1039 Mitglieder. Die Verlustlisten dieser Verbände dürften jedoch in jeder Beziehung noch übertrieben werden von denen des christlichen Bergarbeiterverbandes. Wenn erst die Mitgliederlisten dieses Verbandes der Öffentlichkeit vorliegen, dann wird sich zeigen, wie gerade dort die Mitgliederzahl ganz besonders um sich greift. Infolge des schmachvollen Arbeiterverrats im Ruhrreviere haben dem Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter viele Tausende von Mitgliedern den Rücken gekehrt, und auch der plumpe Agitationsstunt im Saarreviere hat nicht die erwarteten Erfolge gezeitigt. Im Gegenteil sind die im November und Dezember 1912 gekaperten 8-9000 Bergarbeiter, als sie den Betrug erkannten, in Scharen davongelaufen und viele andere Mitglieder mit ihnen. Allerdings wird man diese „8-9000 Mitglieder“ im Geschäftsberichte für 1912 noch dazu benutzen, die Mitglieder über den Rückgang hinwegzuführen. Auf die Dauer wird es jedoch nicht gelingen, Klarheit und Wahrheit durch gewagte Tricks zu verbüßern und die Arbeiter durch Anlegung religiöser Scheuklappen von der Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen abzulenken. Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ hat angesichts der Verhältnisse im christlichen Lager wirklich alle Ursache zu jammervollem Stohlfußern. Bei Besprechung des Kampfes um das Koalitionsrecht der Kieweler Arbeiter schrieb jenes Blatt in seiner vorletzten Nummer resigniert folgendes: „Im vergangenen Jahre haben die sozialdemokratischen (d. h. freien) Gewerkschaften wieder um über 200000 Mitglieder zugenommen. Die christlichen Gewerkschaften kommen vor lauter Begerlichkeit und Quertreibereien im christlichen Lager nur mühsam von der Stelle.“ Gewiß ein wertvolles Einzelkörnchen der Ursachen des Stillstandes der christlichen Bewegung, das um so bezeichnender ist, als es von berufener christlicher Seite stammt. Das kommt eben davon, wenn sich Gewerkschaften von parteipolitischen oder religiösen Gewalten ins Schlepptau nehmen lassen.

Wie im allgemeinen ein Unglück selten allein kommt, so ist auch hier zu konstatieren, daß das arbeiterverräterische Treiben der Christlichen im rheinisch-westfälischen Industriegebiete den Schwarmergen der Arbeiterbewegung, den Gelben, den Boden bereitet. Die vor kurzem veröffentlichte Übersicht über die organisatorische Entwicklung der gelben Bewegung bietet einen untrüglichen Beweis für diese Tatsache. Ende des Jahres 1908 war im ganzen Industriegebiet nur ein gelber Werkverein zu verzeichnen, nämlich im Essener Bezirke. Dort, wo die christlichen Berg- und Metallarbeiter ihre Hochburg haben, setzten sich auch die Gelben zuerst durch. Das Jahr 1910 brachte einen Zuwachs von sechs Vereinen. Immer aber war die gelbe Bewegung noch auf Essen beschränkt. Erst 1911 ging sie darüber hinaus, nachdem sie in Essen selbst durch 21 neue Vereine gestärkt worden war. Im Elberfeld-Barmen Reviere wurden neun, im Bochumer drei und im Dortmund ein Werkverein gegründet. Ende 1911 waren also im ganzen 34 Vereine vorhanden, Ende 1912 dagegen 109. Der Zuwachs von 75 Vereinen entfällt auf das Jahr des Bergarbeiterstreiks und des Streikbruchs der Christlichen. Der größte Teil der neugegründeten Vereine kommt auf den Bergbau, wie auch die Gründung fast durchweg auf die Zeit nach dem Streike fällt. Auch sonst haben die Gelben das vergangene Jahr zu intensivem Ausbau ihrer Organisation benutzt. Es wurden sieben Bezirksorganisationen geschaffen, die einem Provinzialausschuß unterstehen. Ferner ist ein Jugendbund der wirtschaftsfeindlichen nationalen Arbeiterbewegung ins Leben gerufen worden, der sich dem „Jugenddeutschlandbund“ angeschlossen hat und bereits 16000 Mitglieder zählen soll. Bei den verschiedensten Berührungspunkten, die Gelbe und Christliche aufzuweisen haben, liegt es nahe, daß bei der zunehmenden Ausbreitung der Gelben in Rheinland-Westfalen niemand mehr für die Erhaltung seines Bestandes zu fürchten hat als die christlichen Gewerkschaften. Darauf ist es auch zurückzuführen, wenn die Christlichen versuchen, der gelben Bewegung das Wasser abzugraben. Erst wenn sich alle Mittel dagegen als vergeblich erweisen sollten, dürften Schwarzgelbe und Gelbe schließlich Frieden schließen und den Arbeiterverrat gemeinsam betreiben. Für die freien Gewerkschaften würde durch eine derartige Koalition der feindslichen Brüder im Lager der Wirtschaftsfreundlichen die Situation noch geklärt werden, als sie es für denkende Arbeiter ohnehin schon ist.

Nichts wirkt niederdrückender auf die Arbeiterbewegung als die Ungewißheit. Das kann man auch von den immer von neuem auftauchenden Fragen des erhöhten gesetzlichen Schutzes für Arbeitswillige und des Verbots des Streikpostenfens sagen, die auf weiter nichts hinauslaufen als auf eine Verkümmelung des Koalitionsrechts der Arbeiter. In der jüngsten Nummer der „Deutschen Juristenzeitung“ nahm der frühere bayerische Staatsminister Dr. v. Landmann, der bekannte Verfasser eines umfangreichen Kommentars zur Gewerbeordnung, zu den erwähnten Fragen Stellung. Die Ausführungen dieses Juristen verdienen besondere Beachtung, da er mit der behandelten Materie genau vertraut ist. Er unterfucht zunächst alle dem Schutze der Arbeitswilligen dienenden gesetzlichen Vorschriften und befaßt sich dann besonders mit der Frage, ob die Strafandrohung im § 153 der Gewerbe-

ordnung hoch genug ist, was er entschieden bejaht. Das Verbot des Streikpostenfens hält v. Landmann für unberechtigt und unnötig. Er sagt: „Das Verbot des Streikpostenfens, die die Zugänge zu den Arbeitsstellen bewachen, die ein- und ausgehenden Personen zählen, ihnen Zutritte und andre Druckfäden in die Hand geben oder sie ruhig ansprechen, mag man als Befähigung empfinden, aber strafbar ist ein solches Verhalten nicht und auch nicht strafwürdig. Die Überwachung des Gegers ist vielmehr ein berechtigtes und notwendiges Kampfmittel, da sie es ermöglicht, leichter zu beurteilen, ob der Kampf erfolgreich sein wird oder aussichtslos und abzubrechen ist.“ Der Verfasser des Artikels weist weiter darauf hin, daß genau so wie die Gewerkschaften die Arbeitsstellen überwachen lassen, die Unternehmer durch schwarze Listen, durch Arbeitsnachweise und durch Verbandswanderbücher die Überwachung der Organisierten betreiben. Das Verbot des Streikpostenfens heiße nichts anderes, als für die Unternehmer Partei ergreifen. Nachdem v. Landmann den letzten Reinfall der Konfessionen im Reichstage mit ihrer auf ein Streikpostenverbot gerichteten Resolution erwähnt, macht er darauf aufmerksam, daß die Wünsche der Junker nicht von allen Unternehmern gebilligt würden. Im Anschlusse daran kommt er auf die von uns bereits früher erwähnte Stellungnahme des Bundes der Industriellen zu sprechen, der bekanntlich das Verbot des Streikpostenfens verwarf, weil es ein gegen die Arbeiter gerichtetes Ausnahmegesetz darstelle, das nur zur Verschärfung der Wirtschaftskämpfe beitragen würde. Wenn v. Landmann auch nicht umhin kann, der Entfaltung gewisser polizeilicher Schutzmaßnahmen für die Arbeitswilligen das Wort zu reden, so wünscht er doch, daß bei Ansammlungen und Ausschreitungen anläßlich Streiks usw. die eingreifenden Schutzleute nicht zu jung, unerfahren und hitzig wären. Auch müßten sie von erprobten Leuten befehligt sein, die es verstünden, mit den Arbeitern ruhig zu reden. Endlich empfiehlt der ehemalige bairische Staatsminister noch, die Gewerkschaften für die Schäden, die Arbeitswilligen durch Sinderung an der Arbeit entstehen, zivilrechtlich haftbar zu machen. Letzteres käme allerdings der Ausstellung eines Freibriefs an die Streikbrecher gleich, mit Hilfe dessen diese charakterlosen Geschöpfe sich unter den nächstgünstigen Vorwänden an den Organisationskassen schadlos halten könnten. Als wirksamstes Mittel zur Aufrechterhaltung des gewerblichen Friedens bezeichnet v. Landmann die starke Rüttung beider Teile, die keinem gestattet, einen Kampf mutwillig vom Zaune zu brechen. Da die Gewerkschaften nicht gegründet sind, um des Kampfes wegen zu kämpfen, kommt es ihnen auch nicht in den Sinn, einen Kampf mutwillig vom Zaune zu brechen. Immerhin werden die Gewerkschaften gut tun, aus dieser Mahnung zum Rültsen die richtige Anweisung zu ziehen.

Die Begründung der Landmannschen Mahnung erscheint durchaus einleuchtend, zumal dann, wenn man sich den Verlauf der Tarifbewegung im Solinger Werke nochmals vor Augen führt, namentlich, soweit die Haltung des Arbeitgeberverbandes in Betracht kommt. Auch nachdem der Schiedspruch des Freiherrn v. Berlepsch, des Unparteiischen, gefällt worden ist, läßt sich noch nicht mit Sicherheit voraussetzen, welchen Verlauf die Tarifbewegung nehmen wird. Mit dem Schiedspruche, dessen Inhalt im „Korr.“ bereits veröffentlicht wurde, sind eben die schwerwiegenden Differenzen noch lange nicht aus der Welt geschafft; ganz abgesehen davon, daß eine Reihe von Fragen, die für den Abschluß der Verträge von großer Bedeutung sind, durch den Schiedspruch überhaupt nicht berührt werden. Die Parteien haben inzwischen an den einzelnen Orten dazu Stellung genommen. Wenn die Städtekonferenz der Arbeitnehmer sich zur Annahme des Schiedspruchs mit Mehrheit entschloß, dann nicht deshalb, weil die Städtevertreter mit dem Erreichten zufrieden waren, sondern aus der nächsten Erwägung heraus, daß ein magerer Vergleich vor einem fetten Prozesse den Vorzug verdient. Von der Städtekonferenz der Arbeitgeber wurde der Schiedspruch hingegen abgelehnt, allerdings mit sehr geringer Mehrheit. Die Zahl derjenigen, die sich der Abstimmung enthielten, war sogar größer als die Zahl der Ablehnenden. Der Schwerpunkt der Entscheidung über den Schiedspruch lag jedoch, nach der „Solzarbeiterzeitung“, nicht bei den Städtekonferenzen, sondern bei den Mitgliedern in den einzelnen Städten selbst. Aus den Berichten über die örtlichen Versammlungen der Arbeiter ging hervor, daß die Unzufriedenheit mit dem Schiedspruche, die sich bereits auf der Städtekonferenz bemerkbar gemacht hatte, noch in verstärktem Maße zum Ausbruch kam. Trotzdem in vielen Städten die ablehnende Minderheit sehr beträchtlich war, wurde der Schiedspruch schließlich doch in den meisten Orten angenommen. Auf Arbeitgeberseite überwoog die Zahl der zustimmenden Orte ebenfalls die der Ablehnenden. Dadurch ist freilich die Entscheidung über Krieg und Frieden im Solzgewerbe noch nicht getroffen. Als Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens wird vielmehr die Anerkennung des Schiedspruchs durch beide Parteien in allen Städten angesehen. Unter diesen Umständen richtet das Verbandsorgan der Holzarbeiter folgenden Appell an die Mitglieder:

Wir hoffen, daß unsre Kollegen in den Städten, in denen der Schiedspruch abgelehnt wurde, bei der weiteren Behandlung des Gegenstandes sich der Konsequenzen bewußt sind. Man kann es verstehen, daß der Schiedspruch, der nur die Erfüllung eines Teils der Forderungen bringt, die ohnehin bereits auf das äußerste Maß herabgemindert waren, bittere Gefühle auslöst. Wir müssen uns aber damit abfinden, daß diese Zustände in bezug auf Arbeitszeit und Lohn das Äußerste sind, das gegenwärtig auf friedlichem Wege zu erreichen war. Es ist denkbar, daß uns ein Kampf größere Erfolge brächte, sicher ist das aber keineswegs,

und bei nichterner Überlegung muß man sich sagen, daß die riesigen Opfer, die ein Kampf unter allen Umständen erfordert, sich durch die Differenz, die zwischen dem Schiedspruch und den Forderungen unsrer Kollegen besteht, kaum rechtfertigen lassen. Diese Ermüdungen berechtigen uns zu der Hoffnung, daß die Kollegen, die dem Schiedspruche bisher noch ablehnend gegenüberstanden, ihre Ansicht recht bald ändern und uns instand setzen, zu konstatieren, daß die Holzarbeiter in allen Städten den Schiedspruch angenommen haben.

Die gleiche Erwartung wird den Arbeitgebern gegenüber zum Ausdruck gebracht. Da der Vorstand des Arbeitgeberverbandes gleichzeitig bemittelt sein wird, bei welchen Mitgliedern für die Annahme des Schiedspruchs zu wirken, so scheint eine Verständigung über die Hauptforderungen nicht ganz aussichtslos. Dadurch würde zugleich auch die weitere Verhandlungsphase geschaffen für eine Reihe von sonstigen Forderungen, über die örtliche Verhandlungen gepflogen werden sollten. Soweit nötig, wird Freiherr v. Berlepsch auch in diesen Fragen einen Schiedspruch fällen. Eine Gewähr dafür, ob es gelingt, die mancherlei Hindernisse zu beseitigen, die einer friedlichen Verständigung noch im Wege stehen, kann nicht gegeben werden. Hoffen wir trotzdem das Beste.

Zu den Tarifverhandlungen im Malergewerbe liegen nun ebenfalls die von den Unparteiischen gefällten Schiedsprüche vor, über deren Inhalt unter „Rundschau“ der heutigen Nummer berichtet wird. Zu diesen Beschlüssen der Unparteiischen, die auf Grund der Entscheidungen der Gaurtarifämter getroffen wurden, nahm eine auf den 26. und 27. Februar nach Berlin einberufene außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Maler Stellung, über deren Resultat bis zur Stunde noch nichts Bestimmtes vorliegt.

Aus dem Schneidergewerbe kommt die Kunde von der Beendigung der Tarifbewegung. Da sich über zwei Drittel der Arbeiter in den Versammlungen für die Annahme der Schiedsprüche der Unparteiischen erklärten, so gelten diese für angenommen. Trotzdem die Arbeitgeber die Schiedsprüche als endgültig betrachteten, nahmen sie, durch das Beispiel der Arbeiter ermuntert, ebenfalls eine Abstimmung darüber vor, um die Stimmung zum Tarifabschluß auch in ihren Kreisen kennen zu lernen. Das Ergebnis dieser Umfrage scheint nicht allzu rosig zu sein, sonst hätte man es der Öffentlichkeit wohl nicht vorzuenthalten brauchen.

Am hartnäckigsten zeigen sich die Unternehmer des Baugewerbes den Forderungen der Arbeiter gegenüber. Die zentralen Tarifverhandlungen sind noch immer zu keinem Abschlusse gelangt. Im Laufe der Verhandlungen, die am letzten Dienstag begannen, stellte sich die Notwendigkeit heraus, die Anträge der verschiedenen Parteien, die bisher nur den Unparteiischen zur vertraulichen Behandlung übergeben worden waren, gegenseitig auszuwerten. Es wurde deshalb beschlossen, dem jetzigen Hauptvertrage das Vertragsmittel mit den verschiedenen Anträgen gegenüberzustellen und diese Vorlage den Parteien zuzuführen. In dem Parteien Gelegenheit zu geben, dazu Stellung zu nehmen, wurden die Verhandlungen abermals verlagert, und zwar auf den 9. März.

Daß die Gewerkschaftspolitik die radikalste Politik ist, die getrieben werden kann, das beweisen deutlicher als alles andre die Schwierigkeiten und Hemmnisse, welche von den berufenen Vertretern der Arbeiter bei den Tarifverhandlungen überwinden werden müssen. Nur eine kluge abwägende Taktik sichert hier den Erfolg.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

L. Bezirk Bielefeld. Am 16. Februar tagte in Bielefeld unsere erste diesjährige Bezirksversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Vorsitzender Lenß Kenntnis von dem Hinscheiden des langjährigen Beisitzervertreter und Gauvorsitzers Kollegen Klapproth (Hanover), dessen Andenken die Versammelten durch Erheben von den Sitzen ehrten. Unter „Vereinsmitteilungen“ gab der Vorsitzende u. a. bekannt, daß die Bibliothek des Ortsvereins Bielefeld an die Zentralbibliothek angegliedert werden wird; die doppelt vorhandenen Bücher sollen an die Bezirksorte verteilt werden. Zu dem im Druck erscheinenden Jahresberichte für den Bezirk machte Kollege Klatterich (Bielefeld) einige Ergänzungen, hauptsächlich auf das Gebaren der Bänder in Paderborn und den jetzt überausfertigen Riß in der rheinisch-westfälischen Prinzipalität eingehend. Redner ersuchte noch, für die Zukunft Statistiken genauer auszufüllen und pinkeltischer einzuführen; bei der Tarifamts- und Gauaffäre habe beides viel zu wünschen übrig gelassen. Zu dem gedruckt vorliegenden Jahresberichte pro viertes Quartal 1912 gab Klatterich 503 noch einige Erläuterungen. Bei dieser Gelegenheit ersuchte Redner, Überflüssen auf wirklich nicht zu umgehende Fälle zu beschränken, dies gelte besonders für die Malchinsenker. Auf Antrag der Redner wurde der Klattericher Entwurf. Vier Mitglieder wurden ausgeschlossen. Bei Punkt 7: „Anträge zur Generalversammlung in Danzig“, gelangten zuerst die den Mitgliedern gedruckt aufgestellten Anträge der Gauvorsitzerkonferenz zur Debatte. Aus den meisten Ausführungen ging hervor, daß die Anträge in ihrer jetzigen Form den Wünschen der Mitglieder nicht entsprechen; besonders verlangt wurde, daß die Reiseunterstützung für Mitglieder mit mindestens sechs Wochenbeiträgen auf 210 Tage erweitert werden müsse. Auch wurde kritisiert, daß die Kollegen, die ortsunterstützungsberechtigt seien, aber auf Wanderschaft gingen, bedeutende Verschlechterung erlitten, da für die Reiseunterstützung keine Rücksicht auf die Gauzweckstiftung genommen sei, die am Orte Bleibenden

erhalten. Auch die Invalidentenunterstützungsvorschläge müßten einer Änderung unterzogen werden, die große Vergünstigung für die im ersten Gehhilfsjahre dem Verbandsbeitragsentfremten sei nicht mehr am Platze. Ebenso müsse endlich einmal die Unterstützung für zu militärischen Übungen Einberufene eingeführt werden. (Es könnte auch endlich einmal die Einricht. Platz greifen, daß derartige Unterstützungs-zweige in einer Gewerkschaft keine Berechtigung haben. Red.) Zwei Anträge, die bezwecken, daß die Zentralkommissionen der einzelnen Sparten sowie die Gehhilfsmittelglieder des Tarifamts auf allen Gewerkschaftskonferenzen und General-versammlungen durch je ein Mitglied mit beratender Stimme vertreten sein müssen, fanden Annahme. Als Kandidat zur Generalversammlung wurde Vorsitzender Lentz in Vorschlag gebracht. Als Ort der nächsten Versammlung wurde Salzuflen gewählt. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Mit einem Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende die von etwa 250 Kollegen besuchte Ver-sammlung. — Am Vormittage besichtigten etwa 200 Kol-legen die Druckerei „Volkswacht“ in ihrem im Vor-jahre bezogenen neuerbauten Gebäude, einem der schönsten Bielefelds. Aber die erstklassigen technischen und sanitären Einrichtungen in diesem Betriebe herrschte nur eine Stimme des Lobes. Der Geschäftsleiter sagte für ihr Ent-gegenkommen auch hierdurch nochmals Dank.

Chemnitz. In ihre diesjährige Generalversammlung fand am 15. Februar statt. Jahres- und Kassenbericht lagen gedruckt vor und wurden ohne Debatte genehmigt. Soffentlich finden die ständigen Versammlungsschwärmer in diesem Jahre den Weg ins Vereinslokal. Die Zusammen-setzung des Vorstandes erfuhr infolgedessen eine Änderung, als drei Kollegen eine Wiederwahl entschieden ablehnten. Die jährliche Beihilfe an den Gefangenen „Gutenberg“ wurde auf 75 Mk. erhöht. Beim Punkt „Anträge zur General-versammlung“ entspann sich eine sehr lebhaft. Debatte. Mit den Unterstützungsanträgen des Verbandsvorstandes und der Gewerkschaftskonferenz war man in mehreren Punkten nicht einverstanden, u. a. mit der Forderung der Arbeitslosen-unterstützung in der ersten Staffel um 25 Pf. pro Tag, und mit der außerordentlichen Erhöhung der Kassen zum Be-zug der Invalidentenunterstützung. Der Einführung des „Korr.“-Obligatoriums wurde zugestimmt. Annahme fand auch der Antrag: „Die Delegiertenzahl zur Verbandsgeneral-versammlung zu verringern und diese nicht im „äußersten Winkel“ Deutschlands abzuhalten, da hierdurch nur unnütze Kosten entstehen“. Mit einem kräftigen Appell an die Kollegen, alle Versammlungen so zahlreich wie die diesmalige zu besuchen, schloß der Vorsitzende die von etwa 400 Kol-legen besuchte Versammlung.

Darmstadt. Die Bezirksversammlung am 10. Fe-bruar war von 70 Kollegen besucht, was in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung und der Gesamtkollegenanzahl als bedauerlich zu bezeichnen ist. Vorsitzender Knoblauch gab zunächst einen Bericht von der Bezirksvorsteherkonferenz in Ludwigshafen. Er entledigte sich seiner Aufgabe in einem einflussreichen sachlichen Vortrag und erörterte zahl-reichlich alle Vor- und Nachteile der neuen Vorschläge und Anträge bezüglich der Unterstützungsätze, welche der General-versammlung in Danzig zur Beratung vorgelegt werden sollen. Ferner teilte er noch mit, daß der Gau Mittelrhein in diesem Jahr auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken kann. An der Diskussion, welche sich ziemlich lebhaft ge-staltete, beteiligten sich die Kollegen Baßler, Franke, Groh, Gröger und Müller. Zum Schluß wurde eine Resolution einstimmig angenommen, wonach alle Unter-stützungen ohne Beitragsverhöhung eine Aufbesserung er-fahren sollen. (Was ist jedoch der Höhepunkt. Red.) Bei dem nächsten Gegenstande der Tagesordnung: „Kartell-bericht“, entspann sich eine sehr erregte Debatte.

w. Dortmund. Die erste Versammlung unseres Be-zirks fand am 16. Februar statt. Der vollständig vertretene Kollegenverein „Typographia“ eröffnete sie mit einem harmonischen Gruß. Aus dem Berichte des Vorstandes ist erwähnenswert, daß die Mitgliederzahl im Vorjahr um 46 gestiegen ist, und dieses trotz Guttenbergbund und seiner hier so großartigen Protektion. Ließ man doch jede Woche in den bekannten Zeitungen langsame Artikel, die Verei-nitablen anstimmten über den bösen Verband, unter be-sonderer Empfehlung des folgenden Guttenbergbundes. Der letzte Artikel suchte die zu Offern ausmergenden Lehrlinge zu ködern. Der Kassenbericht fand Genehmigung. Auch hier ist das Endergebnis ein gutes. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt, mit Ausnahme eines Beisitzers, der verzogen ist. Über die Anträge zur Generalversammlung entspann sich naturgemäß eine ausgiebige Debatte. Ein von den Maschinenmeistern eingebrachter und von den übrigen Sparten unterstützter Antrag, wonach zu den Ge-werkschaftskonferenzen und Generalversammlungen je ein Mitglied der Zentralkommissionen hinzugezogen werden soll, wurde abgelehnt mit dem Hinweis, daß dieser Modus heute schon geübt werde. Nach zweifündiger Debatte ge-langten schließlich drei Anträge zur Annahme: betreffend die Gleichstellung in der Umzugsunterstützung; den Wegfall der unerfindlichen Kassenzeit bei der Invalidentenunter-stützung zwischen solchen Kollegen, die im ersten Jahre nach der Beurlaubung, und solchen, die später beurlaubt; das „Korr.“-Obligatorium. Als Kandidat für die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung wurde Vorsitzender Schippers vorgeschlagen.

Duisburg. In ihre erste diesjährige Monatsverfam-mlung am 16. Februar wies einen verhältnismäßig guten Besuch auf. Sie war wiederum auf einen Sonntagvormittag einberufen, damit auch die Kollegen, welche ständig Nachtschicht haben, anwesend sein konnten. Zur Aufnahme empfohlen wurde ein Kollege. Nach einigen kurzen Mit-teilungen wurde in die Beratung der Abänderungsanträge zum Statute, die die Gewerkschaftskonferenz der General-

versammlung vorlegen will, eingetreten. Die Debatte war ausgiebig und sehr lebhaft. Allgemein kam zum Ausdruck, daß viele Verschlechterungen in den Anträgen enthalten sind. So wurde die Ablehnung der Änderung im § 5 Abs. 2 der Reiseunterstützung, ferner die im § 1 Abs. 2b der Arbeits-losenunterstützung befristet. Gegen die Änderung im § 7 Abs. 2 (Nachweis vollständiger Genesung) wurde mit Recht angeführt, daß ein Kollege mit einem chronischen Leiden (Lungen tuberkulose, Rheumatismus, Bleichkrankheit) doch wohl in seltenen Fällen den Nachweis vollständiger Genesung erbringen könne, wohl aber den Nachweis der Arbeitsfähigkeit. Die Versammlung betrachtete diese Ände-rung als eine Härte. Zu den Umzugskosten wurde ein Zusatzantrag auf Streichung des Wortes „freiwillig“ ein-stimmig angenommen. Die vorgeschlagene Änderung des Absatz 8 der Umzugskosten lehnte die Versammlung ab, des-gleichen die Änderung des § 1 Abs. 6 der Krankenunterstützung. Ein gestellter Zusatzantrag, das Krankengeld von 1,40 Mk. auf 1,50 Mk. täglich zu erhöhen, aber ohne Beitrags-erhöhung (für dieses künstlich wird die Generalversammlung das nötige Verständnis haben. Red.), wurde angenommen. Die übrigen Abänderungsanträge wurden im großen und ganzen gutgehehen. Der letzte Punkt der Tagesordnung mußte der vorgeleiteten Zeit wegen vertagt werden. Die Versammlung nahm einen sachlichen und ruhigen Verlauf.

Cushirchen. In ihre auf den 8. Februar anberaumte Generalversammlung hatte sich ausnahmsweise eines regen Besuchs zu erfreuen. Nach einigen einleitenden Worten des Vorsitzenden, wobei er den schlechten Ver-sammlungsbesuch in letzter Zeit rügte, erstattete der Kassierer den Jahreskassenbericht des Ortsvereins und der Ver-bandskasse, welcher in beiden Fällen die Genehmigung fand. Sodann wurde vom Schriftführer der Jahresbericht verlesen und die Aufnahme eines Kollegen vollzogen, womit die Zahl der Verbandsmitglieder hier am Orte 18 beträgt, gegenüber zwei Nichtmitgliedern. Die folgende Vorstandswahl hatte das Ergebnis, daß an Stelle unseres verstorbenen Vorsitzenden Minch Kollege Arenz gewählt wurde. Der übrige Vorstand wurde wiedergewählt.

Fulda. Am 16. Februar fand in Fulda die erste Be-zirksversammlung des neugegründeten Bezirks Fulda statt. Der Besuch war ein recht guter, es waren 46 Kol-legen anwesend. Von Alsfeld 5 (8), Fulda 27 (33), Hers-feld 8 (11), Lauterbach 6 (11). Kollege Sillenbrand eröffnete die Versammlung mit einigen Begrüßungsworten an die erschienenen Kollegen und an den gleichfalls an-wesenden Gewerkschaftsdominik (Frankfurt a. M.). Er teilte die Ursachen mit, die zur Gründung des Bezirks Fulda geführt haben, und gab bekannt, daß auch in Fulda zum 1. April eine Zahlstelle eingerichtet werde. Der provi-sorische Bezirksvorstand wurde per Akklamation definitiv gewählt, und zwar als Vorsitzender Kollege Sillenbrand und als Kassierer Kollege Ernst Welle. In einem ein-stündigen Referate vertrat sich Gewerkschaftsdominik über den Verband und seine Gegner. Er berichtete ferner über das „Internationale“ Sekretariat und er-mahnte zum Schluß seiner Ausführungen alle Kollegen, namentlich die jüngeren, zu festem Zusammenstehen für unsere Organisation. Zum Zeichen, daß man mit dem Referenten eins war, sah man von einer Diskussion über die freilich Ausführungen ab. Aus den einzelnen Orts-vereinen war in farfälicher Hinsicht nur wenig Ungünstiges zu berichten. Die Kollegen aus Hersfeld waren mit der Zuteilung zum Bezirke Fulda nicht einverstanden. Sie führten Gründe an, die ihre technische Fortbildung durch den Anschluß an Fulda beeinträchtigen. Die Angelegenheit soll den zu Offern stehenden Gautag beschäftigen. Bei der Besprechung über die Verbandsgeneralversammlung wurde ein Antrag auf Übernahme der Gauzulüsse durch die Verbandskasse angenommen. Nachdem einige Kandidaten für die Generalversammlung in Vorschlag gebracht und die Delegierten zum Gautag aufgestellt worden waren, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

ter. Bezirksverein Jagstkreis. Die am 9. Februar in Alen stattgehabte erste Bezirksversammlung war mangelhaft besucht. Vertreten waren indessen alle Orts-schaften, mit Ausnahme der Mitgliedschaft Lorch. Vor-sitzender Wenzelburger (Gmünd) begrüßte die Versam-melten. Darauf folgte der Bericht des Vorstandes. Mit Ausnahme des bisherigen Schriftführers, der wegen Selbst-ständigmachung seinen Posten niederlegte, wurde der Vor-stand wiedergewählt. Alsdann verlas der Vorsitzende die An-träge der Gewerkschaftskonferenz, die in verschiedenen Punkten starke Mißbilligung bei den Versammelten hervorriefen und zu lebhafter Diskussion Anlaß gaben. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Seidenheim gewählt; ebenfalls wird dieselbe gleichen Tags das Johannistfest des Bezirks stattfinden.

Plauen i. V. In ihre am 15. Februar abgehaltene Monatsversammlung war leider nur von 64 Kollegen be-sucht, was in Anbetracht der äußerst wichtigen Tages-or-dnung (Stellung von Anträgen zur Verbandsgeneral-versammlung, Gautagsangelegenheiten usw.) sehr bedauer-lich ist. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das An-denken des auf der Durchreise im hiesigen Krankenhaus verstorbenen Kollegen Richard Kunitzka aus Breslau wie üblich gelehrt. Die Berichte des Kassierers und Reise-kassenverwalters wurden debattelos genehmigt. Eine größere Debatte rief die Maßnahme des Gauvorstandes hervor, wonach einem älteren Kollegen, der unter nicht einwand-freien Umständen seine hiesige Kondition aufgab, jede Unter-stützung auf vier Wochen entzogen wurde. Nach der Wahl von sechs Kollegen in den Wahlvorschlagsausschuß wurde in die Beratung der Abänderungsanträge zu den Be-schlüssen des Vorstandes eingetreten. Die einzelnen Punkte fanden allgemein eine mehr oder weniger ungünstige Auf-

nahme, insbesondere wurde der Passus, der die weitere Beitragszahlung eines in der Krankenunterstützung Aus-gesetzten von der Beibringung eines Nachweises der völligen Genesung abhängig machen will, scharf verurteilt. Als Kandidat zur Generalversammlungsdelegation wurde wiederum einstimmig unser Vorsitzender Meißner auf-geleitet. Hierbei wurde der Wunsch geäußert, daß alle drei Bezirke in unserm Gau auf der Generalversammlung ver-treten sein mögen. Nach Anhörung des Kartellberichts er-reichte die Versammlung ihr Ende. — Zu einer größeren Trauerkundgebung gestaltete sich am 19. Februar das Reichenbergfest unseres hier in Kondition gemelten Kol-legen Eugen Karl Kurz aus Sträßburg. Über 100 Kol-legen fanden sich am Grabe ein, wo der Gesangsverein „Gutenberg“ Aufstellung genommen hatte, um seinem Mit-gliede die letzten Grüße nachzusenden. Neben seinen Ar-beitskollegen legten die Mitgliedschaft Plauen und andre Korporationen Kränze am Grabe nieder. — In ihre nächste Bezirksversammlung findet am 6. April hier im „Schützen-hof“, Alm Anger, statt.

Ralibor. Am 8. Februar hielt unser Ortsverein seine Generalversammlung ab, die sich eines außerordentlich guten Besuchs zu erfreuen hatte; von 61 Mitgliedern waren 52 anwesend. Nach Erstattung des Jahresberichts durch den Vorsitzenden Wojaczek gab Kassierer Gekalla den Kassenbericht. Die hierauf vorgenommene Vorstandswahl erbrachte die Wiederwahl des alten Vorstandes, mit Aus-nahme des zweiten Schriftführers und zweier Beisitzer. Der vorgeleiteten Stunde halber mußte ein Teil der Tagesord-nung vertagt werden, weshalb auf den 15. Februar eine außerordentliche Generalversammlung anberaumt wurde, die sich mit Satzungsänderung und Stellung von Anträgen zur Generalversammlung des Verbandes befaßte. Ferner wurde auf die Leipziger graphische Ausstellung 1914 und die Spar-gelegenheit aufmerksam gemacht.

Erier. In ihre erste diesjährige Bezirksversammlung fand am 16. Februar statt und war von 70 Kollegen be-sucht. Vertreten waren die Orte Bernhastel, Wilsburg, Ehrang, Schmelch, Eraben-Erbarach und Erier. Nach einigen Mitteilungen des Vorsitzenden erstattete der Kassierer den Jahreskassenbericht. Es folgte der Bericht des Reise-kassenverwalters und der auswärtigen Vertrauensmänner. Ein Mitglied mußte wegen Resten ausgeschlossen werden. Hierauf gab der Vorsitzende einen kurzen Jahresüberblick. Der weitere Bericht des Vorsitzenden über die auf der Bezirksvorsteherkonferenz gefaßten Beschlüsse fand die Zu-stimmung der Versammlung. Ein Antrag, alle 14 Tage einen Rapportzettel herauszugeben, wurde einstimmig an-genommen, ebenso ein Antrag, den auswärtigen Kollegen zu jeder Bezirksversammlung freie Fahrt zu gewähren. Bei der nunmehr folgenden Vorstandswahl wurde der alte Vorstand, mit Ausnahme zweier Beisitzer, per Akklamation wiedergewählt. Nach Erörterung einiger lokaler Angelegen-heiten wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

○○○○○○ Rundschau ○○○○○○

Buchdruckerberufsgenossenschaft und Schnellpressen-fabriken. Wie der „Allgemeine Anzeiger für Druckereien“ zu berichten in der Lage ist, wurde in einer Konferenz zwischen Vertretern des Genossenschaftsvorstandes und Auf-sichtsbeamten der Berufsgenossenschaft und Vertretern der Vereinigung deutscher Schnellpressenfabriken bezüglich der Lieferung von Unfallschußvorrichtungen eine Vereinbarung auf folgenden Grundrissen getroffen: 1. Die zur Zeit der Bestellung von der Buchdruckerberufsgenossenschaft allgemein vorge-sehenen Schußvorrichtungen sind regelmäßig von der Fabrik mitzuliefern und als im Preis einbegriffen zu betrachten. 2. Werden von dem Auftraggeber Schußvor-richtungen besonders verlangt, die zur Zeit der Bestellung noch unbekannt sind, aber nicht durch die Unfallverhütungs-vorschriften der Berufsgenossenschaft eingeführt sind, so müssen diese besonders bezahlt werden. Die Nichtanbringung derartiger Schußvorrichtungen kann keine Schadenersat-forderung gegen die Fabrik auf Grund des § 23 des Bürgerlichen Gesetzbuchs begründen, wenn die Anbringung nicht ausdrücklich zugestimmt war. 3. Solche Schußvor-richtungen, die zur Zeit der Maschinenbestellung noch nicht bekannt waren, die aber gelegentlich der Ausführung einer neuen Maschinenkonstruktion vom Fabrikanten als notwendig erkannt werden oder bei Anwendung der er-forderlichen Sorgfalt als notwendig hätten erkannt werden müssen, sind ebenso wie die allgemein vorgeschriebenen Schußvorrichtungen von der Fabrik mitzuliefern und als im Preis einbegriffen zu betrachten. 4. Werden nach-träglich vom Besteller oder der Berufsgenossenschaft Schuß-vorrichtungen verlangt, die zur Zeit der Maschinenbestellung noch nicht bekannt waren, so sind sie dem Besteller als Mehrleistungen zu berechnen. Ähnliche Vereinbarungen werden auch für die Siegeldruckpressen erstrebt.

Betriebsunfall mit tödlichem Ausgang. In der Rhein-bergerischen Buchdruckerei zu Bad Dürkheim erlitt eine Ein-legerin schwere Brandwunden, als sie mit einer überkränkten Schürze einem Ofen zu nahe kam, so daß sich die Kleider entzündeten. In bedenklichem Zustande wurde die Verunglückte ins Krankenhaus gebracht, wo sie alsbald verstarb.

Sariftische Rechtsprechung im deutschen Vorkesselfe-und Reifeartikelfgewerbe. Einige bemerkenswerte Ent-scheidungen des Zentraltarifamts des vorgenannten Ge-werbes, die vor einigen Tagen erst unter dem Vorherrs eines Regierungsassessors gefaßt wurden, dürften auch das Interesse unserer Leser erwecken, da diese Entscheidungen erkennen (Fortsetzung in der Beilage.)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Eingelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 25 — Leipzig, den 1. März 1913

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

lassen, wie schwierig und vielfältig die Fragen sind, die aus den gewerblichen Verhältnissen heraus mit Rücksicht auf die fast durchweg entgegengelegten Interessen der Tarifparteien zu erledigen sind. Es handelt sich im vorliegenden Fall um vier Fragen: 1. Sind die tarifmäßigen Zuschläge für Überarbeit erst nach Leistung der im Tarife festgelegten 54-stündigen Arbeitswoche bzw. nach 9-stündiger Arbeitswoche zu zahlen oder müssen auf alle Fälle Überstunden, die nach dem im Betrieb eingeführten Arbeitschlusse geleistet werden, mit Zuschlägen vergütet werden? Das Zentraltarifamt ging von dem Standpunkt aus, es war der Wille der Parteien, die Arbeitszeit auf 54 bzw. 53 $\frac{1}{2}$ oder 53 Stunden pro Woche oder 9 Stunden, Sonnabend 8 $\frac{1}{2}$ bzw. 8 Stunden, pro Tag festzusetzen und demzufolge auch zu arbeiten. Um jedoch eine Kontrolle zu ermöglichen, soll die regelmäßige Arbeitszeit nicht vor 7 Uhr morgens beginnen und um 6 Uhr abends endigen. Verfümt ein Arbeiter aus berechtigten religiösen oder gesundheitlichen Gründen oder wegen Erfüllung ehrenamtlicher Pflichten oder auf Anordnung des Unternehmers irgend welche Arbeitszeit, so müssen die Zuschläge für Überarbeit geleistet werden. Verfümt dagegen ein Arbeiter ohne triftige Gründe einige Stunden, so hat er keinen Anspruch auf Zahlung von Prozentzuschlägen für Überstunden, ehe er nicht die wöchentliche oder tägliche Stundenleistung erledigt hat. Bei täglicher Arbeitszeit darf die verfümte Arbeitszeit eines Tages nicht mit der Überstundenleistung eines andern Tages verrechnet werden. 2. Bei Festsetzung der täglichen Arbeitszeit in Stuttgart ist der Schlichtungskommission unter dem Voritze des Gewerberats Dr. Groß insofern ein Versehen passiert, als nicht die Bestimmung der Gewerbenovelle beachtet wurde, wonach Arbeiterinnen Sonnabends nur 8 Stunden beschäftigt werden dürfen; im Tarife heißt es 8 $\frac{1}{2}$ Stunden. Die meisten Unternehmer haben anstandslos 8 Stunden arbeiten lassen und den Lohn für 8 $\frac{1}{2}$ Stunden gezahlt. Einige aber sträubten sich und wollen nicht die Kosten des von der örtlichen Schlichtungskommission gemachten Fehlers tragen. Da durch den Tarif die 53-stündige Arbeitswoche noch eingeführt wird und nur zwei Unternehmer mit einigen Arbeitern in Frage kommen, soll der bestehende Zustand beibehalten werden, d. h. wer bereits die halbe Stunde zahlt, soll sie auch in Zukunft weiter zahlen. 3. Wann gegen einen Entschärfen der Schlichtungskommission oder des Zentraltarifamts von der unterliegenden Partei in der gleichen Sache zwecks Nachspröchung ein ordentliches Gericht angerufen werden? Diese Frage wurde verneint; es sei denn, daß die Schlichtungskommission ausdrücklich die Zustimmung dazu gibt. 4. Können auf Akkordarbeit geleistete Vorschüsse des Unternehmers von ihm in Darlehen umgewandelt werden? Auch diese Frage wurde verneint. Gibt der Unternehmer entgegen den tariflichen Bestimmungen auf noch nicht geleistete Arbeit irgendwelchen Vorschuß, so hat er auch das Risiko zu tragen.

Schiedspruch der Unparteiischen für das deutsche Malergewerbe. Am Abend des 26. Februar wurde ein Schiedspruch der drei Unparteiischen als Resultat der seit Wochen schwebenden Tarifverhandlungen für das deutsche Malergewerbe verkündet. Er beruht im allgemeinen auf den Ergebnissen der Verhandlungen in den Gustaritätsämtern, spricht aber aus, daß eine Arbeitszeitverkürzung nur in einem Teile derjenigen Städte befristet wird, in denen sie bisher 10 Stunden betrug, mit einer Ausnahme (Braunschweig), wo die Arbeitszeit von 9 $\frac{1}{2}$ auf 9 Stunden verkürzt wurde. Insgesamt tritt eine Arbeitszeitverkürzung pro Tag eine halbe Stunde ein in 30 Lohngebieten mit 10629 beschäftigten Gehilfen. Die zugebilligten Lohnerhöhungen erstrecken sich auf 320 Lohngebiete mit 64400 Beschäftigten, davon erhalten 19 Lohngebiete mit 865 Beschäftigten pro Stunde 2 Pf., 80 Lohngebiete mit 2769 Beschäftigten pro Stunde 3 Pf., 138 Lohngebiete mit 15355 Beschäftigten pro Stunde 4 Pf., 58 Lohngebiete mit 32632 Beschäftigten pro Stunde 5 Pf., 20 Lohngebiete mit 10690 Beschäftigten pro Stunde 6 Pf., 4 Lohngebiete mit 2054 Beschäftigten pro Stunde 7 Pf., 1 Lohngebiet mit 14 Beschäftigten pro Stunde 15 Pf. Darin ist für die oben erwähnten 30 Orte die Arbeitszeitverkürzung mit eingegriffen. Die Lohnerhöhungen sind auf die drei Vertragsjahre verteilt und treten mit Abschluß des Tarifs resp. am 1. März der Jahre 1913, 1914 und 1915 in Kraft. Daß die Lohnerhöhung eine allgemeine sein soll, wurde von den Unparteiischen nach den vorliegenden Erklärungen der Unternehmer nicht tariflich festgelegt, aber als ganz selbstverständlich befristet. Außerdem wurde festgelegt, daß an allen Orten, wo bisher beiderseitige Organisationen nicht vertreten waren, wenn solche entstehen, ein Tarifvertrag abzuschließen ist. Bei der Ermittlung der Grundlöhne sind in solchen Fällen die Löhne zugrunde zu legen, die am 1. Juli gezahlt werden. Diese sind die jetzt bewilligten Erhöhungen zuzulegen. Wegen des Arbeitsnachweises erhalten die Unparteiischen, daß sie durch die neue Fassung des Tarifvertrags eine weitere Förderung der Arbeitsvermittlung auf paritätischer Grundlage bezweckt hätten. Es müssen mindestens die schon bestehenden aufrecht erhalten und entsprechend den Änderungen im Tarifvertrag umgestaltet werden. Die Ortsarbeitsämter haben innerhalb sechs Wochen zu prüfen, ob ein paritätischer Arbeitsnachweis zu

errichten ist. Aber die endgültige Annahme des Schiedspruchs entscheiden noch die beiderseitigen Organisationen.

Rückgang der Fleischeinfuhr nach Deutschland. Eine Berliner amtlich bediente Korrespondenz stellt neuerdings fest, daß schon im Monate Dezember im allgemeinen ein Stillstand in der Fleischeinfuhr aus dem Auslande zu verzeichnen gewesen wäre, und daß im Januar d. J. dieser Rückgang noch auffallender wurde. Frisches Rindfleisch, von dem noch im November 42000 Doppelzentner eingeführt wurden, zeigt im Januar nur noch eine Einfuhr von 30853 Doppelzentner. Bei weitem an der Spitze als Lieferant steht wiederum Dänemark. Es folgen mit weitem Abstände Rußland und die Niederlande. Auch die Einfuhr von frischem Schweinefleisch hat nicht unwesentlich abgenommen. Sie belief sich auf 43000 Doppelzentner, gegen 48000 Doppelzentner im Monate Dezember. Hier sind die Niederlande der Hauptlieferant mit 24000 Doppelzentner, während aus Rußland nur 11000 kamen. Auch die Einfuhr von Rindvieh hat im Januar um fast 2000 Stück abgenommen, sie betrug 17346 Stück, gegen 19323 Stück im Dezember. Die Abnahme entfällt hauptsächlich auf Dänemark, von wo fast 1000 Stück weniger eingeführt wurden. Auch aus den Niederlanden, von wo die Einfuhr von Schlachtrindern zur Verringerung der Fleischeinfuhr zugelassen war, sind weniger Stücke eingeführt als in den letzten beiden Monaten des vergangenen Jahres. Die Einfuhr von Schweinen aus Rußland in das oberdeutsche Industriegebiet ist zwar gegen den vorhergehenden Monat noch etwas gestiegen, hat aber den Stand vom Monate November nicht mehr überschritten. Das im Handelsvertrage festgesetzte Kontingent ist aus Anlaß der herrschenden Fleischeinfuhr erhöht worden. Es gelangen insgesamte jetzt monatlich etwa 4000 Stück Schweine mehr zur Einfuhr als in den früheren Jahren. Aus den Balkanstaaten ist unter der Einwirkung des Krieges die zugelassene Einfuhr von Fleisch nicht in die Erscheinung getreten.

Gegenwartsaufgaben der englischen Gewerkschaften. Nach einem ausführlichen Berichte des Berliner „Vorwärts“ gehen die englischen Gewerkschaften in neuester Zeit ernstlich daran, den Achtstundentag für alle Arbeiter gemeinsam zu erringen. Da nach dem Urteile von Kennern der parlamentarischen Verhältnisse in England für die nächsten zwei Jahre eine gewisse Zurückhaltung in der Vorlage neuer Gesetze geübt werden dürfte, so wählten die Gewerkschaften gerade die parlamentarische Tageszeit aus, um die Forderung des Achtstundentags mit aller Energie in den Vordergrund der öffentlichen Interessenfragen zu stellen. Eine weitere Entwicklung in der englischen Gewerkschaftswelt betrifft das engere Zusammenarbeiten mit den Genossenschaften. Das Schema ist in der letzten Zeit viel besprochen worden. In der ersten Woche des laufenden Monats fand zwischen Vertretern der Arbeiterpartei, der Gewerkschaften und der Genossenschaften eine Besprechung statt, die im Monat Mai fortgesetzt wird. Zu irgendwelchen bestimmten Vorschlägen ist es jedoch noch nicht gekommen. Aber man erkennt doch allerwärts die Möglichkeit des Zusammenwirkens der drei großen Strömungen der Arbeiterbewegung an. Nun hat die Gewerkschaftszentrale den ersten Schritt getan, um das Problem praktisch zu lösen. Die Gewerkschaftszentrale hat nach den Vorschriften des Versicherungsgesetzes eine staatlich anerkannte Krankenkasse gegründet, der eine Anzahl der ihr angeschlossenen Gewerkschaften angehören. Um die Krankengelder auszusahlen, wird sich diese Krankenkasse in Zukunft der Bank der Grobhandelsgenossenschaft bedienen. Nach der getroffenen Abmachung wird die Krankenunterstützung in Schecks auf die Genossenschaftsbank gezahlt werden, die in allen Filialen der Bank und in jeder Verkaufsstelle der Genossenschaften einlösbar sind. Der eingelöste Scheck wird zugleich als Quittung dienen. Man wird kaum fehlgehen, wenn man dieses einfache Arrangement als den entscheidenden Schritt in einer Entwicklung bezeichnet, deren Folgen noch unabweisbar sind.

Verschiedene Eingänge.

„Fachmittellungen für die Mitglieder der deutschen Korrektorevereine.“ Herausgegeben von der Zentralkommission der Korrektoren Deutschlands. Jährlicher Bezugspreis bei postfreier Zusendung der Nummern 75 Pf. (Später hinzutretende Bezöher erhalten die fehlenden Nummern des laufenden Jahres gratis geliefert), post- und bestellgeldfrei einzuenden an Alwin Beuermann, Neukölln bei Berlin, Kaiser-Friedrich-Straße 9. Für Mitglieder kostenfrei. Die bis jetzt erschienenen Nummern können noch, mit Ausnahme von Nr. 1, 2, 4 und 6, zum Preise von je 10 Pf. nachbezogen werden. Aus dem Inhalte der vorliegenden Nr. 23 ist zu erwähnen: Über den Gebrauch und Ertrag des Buchstaben C. (Fortsetzung) — Verschiedenes: Solange — so lange; im kalten Wasser — in kaltem Wasser; guter Wille heißt; der Bruchstich; X-Mann und Y-Mann. — Fragekasten. „In Wehr und Waffen.“ Von Karl Schneid. Heft 2. Preis 50 Pf. Zu beziehen durch den Verlag der „Tribüne“ in Berlin SW 68, Zimmerstraße 7/8. In der dem Verfasser so wertvollsten eignen scharfen Satire werden auch in diesem Heftchen in bunter Reihenfolge wichtige „Fälle“ der Politik wie Wirtschaft Deutschlands in den

letzten zehn Jahren kritisch beleuchtet und zugleich in unterhaltender Form das Verständnis für einschlägige Fragen auf den genannten Gebieten in der Gegenwart geweckt und vertieft. Freunde rauher Wahrheitshaftigkeit werden beim Durchlesen dieser Aufsätze vollumfänglich befriedigt sein.

Gestorben.

In Breslau am 20. Februar der Druckerinvalide Heinrich Langner von dort, 36 Jahre alt — Lungen-schwindsucht.
In Goldberg (Schlesien) am 22. Februar der Seherinvalide Max Ulbrich, 30 Jahre alt.
In Leipzig am 19. Februar der Drucker Heinrich Stierken aus Anger-Croftendorf, 42 Jahre alt — Leber-erweiterung.
In Saarbrücken der Seherinvalide Ferdinand Becker, 45 Jahre alt.
In Zug am 24. Januar der Seher Rudolf Wilhelm aus Matten bei Interlaken, 25 Jahre alt — Lungen-schwindsucht.

Briefkasten.

D. Sch. in D.: Werden gelegentlich einmal beim Direktorium anfragen. Frdl. Gruß! — H. S. in Wiesbaden: Wir werden nur den Bericht über die Bezirksversammlung veröffentlichen. Der Bericht über die Januarversammlung läßt sich vielleicht in dem in Aussicht genommenen Vierteljahrsbericht unterbringen, der natürlich nicht bis auf die Novemberversammlung vorigen Jahres zurückgreifen kann, sondern nur die Monate des ersten Quartals umfassen müßte. Mühseliche Einwendung ist natürlich auch für solche Berichte unerlässlich. — B. R. in U.: Beträge am 26. Februar hier eingegangen. — R. S.-I in Saarbrücken: 2,15 Mk. — L. D. in Schw. u. O. in M.: Das ist ja reizend, was sich in der „Zeitschrift“ da als „erfabrener“ Fachmann vernehmen läßt und der Gehilfenschaft Lektionen erteilen will. Im Schlußartikel werden wir diese Mitarbeiterchaft gebührend beleuchten. Freundl. Dank! — D. D. in G.: Ihr Artikel ist gut geschrieben, wenn er auch noch einmal durch den Schraufstock muß. Wir stellen ihn aber noch ein Weßchen zurück. Kollege L. will doch auch das Wort nehmen, und einiges hätten wir selbst zu sagen dazu. Also etwas Geduld, es geht hernach in einem Augenblicke.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Bezirk Bochum. Der Seher Paul März aus Börsch (Hauptbuchnummer 92139) wird hiernit aufgefordert, seine in Recklinghausen noch reifizierenden zwei Beiträge sofort zu regeln. Die verehrlichen Verbandsfunktionäre werden gebeten, M. auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

Adressenveränderungen.

Breslau. (Maschinenmeister.) Vorsitzender: Alfred Pleisch, Matthisstraße 95.
Cham (Oberpfalz.) Vorsitzender: C. Mieruch, Am Steinmarkt 252a.
Saarau a. M. (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: F. Weiber, Schützenstraße 14 I; Kassierer: J. Weß, Frankfurter Straße 3 I.
Sildesheim (Bezirk.) Vorsitzender: Paul Freutel, Wielenstraße 10 II.
Mainz. (Maschinenmeister.) Kassierer: Franz Baumgärtner, Gartenfeldstraße 14.
Neurode. (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Otto Scholz, Theaterstraße 447; Kassierer: Franz Janzalk, Schwelmbüßer Straße.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die befristete Adresse):
In Aufbücking der Seher Wilhelm Beringer, geb. in Grafenau 1877, ausgel. da. 1895; war noch nicht Mitglied. — Joseph Selz in München, Holzstraße 24 I.
In Bochum der Schweizerdegen Walter Fipp, geb. in Neidiges 1886, ausgel. da. 1904; war schon Mitglied. — G. Friedemann, Wemelsbäuser Straße 42.

Arbeitslosenunterstützung.

Cham (Oberpfalz). Die Herren Funktionäre werden ersucht, die Adresse des Sehers Hugo Facke aus Weimar (Hauptbuchnummer 91785) an C. Mieruch, Am Steinmarkt 252a, gelangen zu lassen.
Stuttgart. Die Herren Funktionäre werden ersucht, dem Drucker Willi Lauble aus Stocdmatt (Hauptbuchnummer 71912) Buch und Legitimation abzunehmen und an das Bureau, Seufftsstraße 54 p., einzuliefern. Gleichzeitig ist L. anzuweisen, eine schriftliche Äußerung über seinen Aufenthalt vom 10. bis 14. Februar abzugeben.
Waldenburg. Dem auf der Reise befindlichen Seher Emanuel Adler (Mähren 2791) ist die Hauptbuchnummer 22814 einzutragen.

Berammungskalender.

Auerbach-Eisfeld-Gallenstein. Berammung Sonntag, den 2. März, vormittags pünktlich 10 1/2 Uhr, im „Bergheiler“ in Eisfeld.
 Berlin. Maschinenfabrikberammung Sonntag, den 2. März, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelufer 5.
 Eisfeld. Berammung Sonnabend, den 8. März, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Indleffel, Bürgerweg 14.
 Darmstadt. Generalberammung Sonntag, den 2. März, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Bismarckstraße 19.
 Dessau. Maschinenfabrikberammung heute Sonnabend, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Eisfeld“.
 — Bezirksberammung Sonntag, den 13. April, in Zerbst, Herolds Platz, Güterglücklicher Straße.
 Dresden. Maschinenfabrikberammung Sonntag, den 9. März, vormittags 10 1/2 Uhr, in Adams Restaurant, Kaulbachstraße.

Oberswalde. Frühjahrsbezirksberammung Sonntag, den 30. März, vormittags 10 Uhr, in Pöswalk, Louis Willes Konzerthaus. Anträge bis 16. März an den Bezirksleiter.
 Ostfingen. Berammung Dienstag, den 4. März, abends 6 1/2 Uhr, in der „Neuen Welt“.
 Salberstadt. Bezirksberammung Sonntag, den 13. April, vormittags 11 Uhr, im „Bolsgarten“ in Bernigerode. Anträge bis 28. März an den Bezirksleiter.
 Strefeld. Maschinenfabrikberammung Sonntag, den 2. März, vormittags 11 Uhr, im Restaurant Ibbey.
 Leipzig. Maschinenfabrikberammung Sonntag, den 2. März, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Bolsbau“, Zettler Straße.
 Oberflin. Berammung heute Sonnabend, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Fr. Raber.
 Quedlinburg. Bezirksberammung Sonntag, den 13. April, in Quedlinburg. Anträge bis 23. März an Richard Wagner in Quedlinburg, Reichenstraße 32.

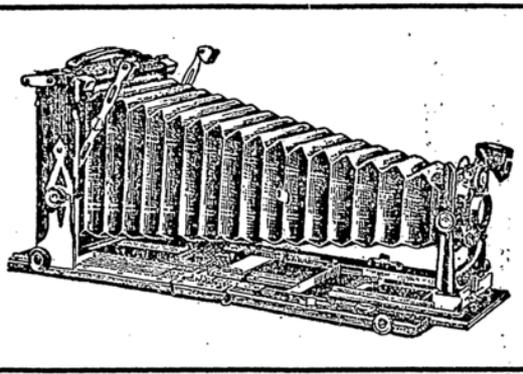
Porzheim. Maschinenfabrikberammung Sonntag, den 2. März, vormittags pünktlich 10 Uhr, im „Birkenhof“.
 Rheyl. Berammung Montag, den 3. März, abends 6 1/2 Uhr, bei Bils, Am Marle.
 Solingen-Wald. Maschinenfabrikberammung Sonntag, den 2. März, vormittags 10 Uhr, in Solingen, Hotel „Zur Post“, Köfener Straße.
 Stuttgart. Stereotyp- und Galvanoplastikberammung heute Sonnabend, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Deeg, Rosenstraße 17.
 Tübingen. Berammung heute Sonnabend, den 1. März, abends pünktlich 8 Uhr, im Lokale „Zum Hanshale“.
 Werbau. Berammung heute Sonnabend, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale.
 Zwickau. Bezirksberammung Sonntag, den 6. April, nachmittags 2 Uhr, im „Goldenen Becher“ in Zwickau, äußere Leipziger Straße.

Gegen bequeme Monatsraten!

Prismengläser deutsche und französische Fabrikate
Photoapparate in allen Preislagen, von 12 Mk. an bis zu den feinsten Qualitäten. Selbst die billigsten Artikel sind auf ihre absolute Gebrauchsfähigkeit probiert. Wir stellen unsre Abnehmer zufrieden.

Die außergewöhnlich häufigen Nachbestellungen unsrer Kunden beweisen, daß die Qualität unsrer Lieferungen beständig.

Bericht
 Aus den mir vorgelegten Aufstellungen der Firma Jonak & Co., G. m. b. H., zu Berlin, habe ich festgestellt, daß in einem einzigen Monate von allen Kunden, das sind solche, die schon früher von der Firma Ware bezogen, brieflich 20 687 (Zwanzigtausendsechshundertachtzig und sieben) Nachbestellungen eingegangen sind. In dieser Zahl sind nicht unbegriffen alle an Agenten und Reisenden überschriebenen Aufträge.
 Berlin, 11. Januar 1913. **Dr. Schönwandt**, öffentl. angestell. beeidigter Bücherrevisor.



Photographisches Preisausschreiben 1913

Die prämierten Bilder unsres vorjährigen Preisausschreibens sind im neuen Katalog abgedruckt. (Bei jedem Bild ist vermerkt, von wem und mit welchem Objektiv es hergestellt ist.) Sie geben ein anschauliches Bild, wie weit die Liebhaber-Photographie vorgekommen und was für verhältnismäßig gute Bilder sich selbst mit billigen Apparaten herstellen lassen. Die Bedingungen des Preisausschreibens für 1913 werden jedem Katalog beigelegt.

Auf Wunsch senden wir:
 Spezialkatalog für photographische Apparate, Prismen- und Reifegläser.
 Spezialkatalog für Sprechmaschinen und Platten.
 Katalog für Uhren, Goldwaren usw.

Jonak & Co., Berlin P 407, Belle-Alliance-Straße 3

Berein der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen von Leipzig und Umgebung

Mittwoch, den 5. März, abends 7 Uhr, im „Tivoli“ (Windmühlenstraße):

Bereinsversammlung

Tagesordnung: 1. Bericht- und Rechenschaftsbericht über die stattgehabten Tarifverhandlungen; 2. Gewerkschaftliches.
 In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwartet einen pünktlichen und zahlreichen Besuch
 Der Vorstand.

Bereinigung stenographiekundiger Buchdrucker

Sitz Leipzig (System Gabelsberger) Begründet 1905
 Allen Kollegen, die an unserm diesjährigen ersten Fernkurs teilnehmen wollen, mögen sich sofort mit unserm Unterrichtsleiter, Kollegen R. Kuchs, Hamm (Westf.), Seiditzstraße 64, in Verbindung setzen.

Schriftgießereioberfaktor

zur Leitung eines größeren Personals durchaus befähigt, für unsern Betrieb, einschließlich Messingliniensfabrik, in dauernde Stellung gesucht. Ausführliche Angebote erbeten
 S. Berthold, G. m. b. H., Wien V, Margaretenstraße 94.

Tüchtiger junger Fachmann

als Teilhaber zur Entlastung des Chefs für gutgehende große Berliner Druckerei mit einer Einnahme von 2000 Mk. gesucht. Offerten unter Nr. 373 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Tüchtiger Metteur und Inkeratensetzer

der Versammlungs- und Gemeinderatsberichte gewohnt abzufassen versteht, zu baldigem Antritt 9 e. l. u. s. t.
 Angebote mit Gehaltsansprüchen unter S. P. 371 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Tüchtiger Typographmaschinensetzer

zu möglichst baldigem Eintritt gesucht.
 Britische Univeritätsbuch- und Stein-druckerei, Sieben. 369]

Tüchtiger Maschinenmeister

lauberer, korrekter, flotter Arbeiter, erfahren im Vertz., Platten-, Illustrations- und Maschinenbau, vertraut mit Königs-Bogenanleger für Augsburgische Schnellpresse sofort gesucht. Kenntnis im Farben- und Galvanoplastik erbeten.
 C. Seifert, G. m. b. H., Köfstr. 1372

mit sämtlichen Einstellungen 20 Pf. Zeitmaß E. Friz, Frankfurt am Main 3.

Tüchtiger Messinglinienwalzer

für dauernde Stellung gesucht. [364
 S. Berthold, M.-G., Berlin SW 29.

Maschinenmeisterverein Chemnitz.

Sonnabend, den 1. März, im Saale der „Goldenen Kugel“, Hainstraße:
Schönes Stiftungsfest bestehend aus Theater und Ball.
 Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen mit Angehörigen ersucht freundlichst. Der Vorstand.

Arno Claus

hat sich in krankhaftem Zustande von hier entfernt; ich bitte, Zahlungen an ihn nicht zu leisten und mich gefl. sofort zu benachrichtigen, damit mein Mann nach hier zurückgebracht werden kann. [374
 Frau Rosa Claus, Leipzig-R., Tiefe Straße 5.

Technikum für Buchdrucker

Beste technische, kunstgewerbliche und sachaufmännliche Ausbildung. Vorbereitung für die Meisterprüfung. Vorträge, Besuche von Museen und Fabriken. Unterricht im Setzungsweisen und Journalismus. Dauer der Kurse ein Jahr. Teilgebührenberichte usw. durch die Geschäftsstelle: Leipzig-R., Senefelderstraße 13-17

Gutenbergbüsten in Messing- oder Eisen- Ausführung zu Mk. — 90, 2,25, 6, 7,50, 13, 22,50 und 36 je nach Größe empf. sieht A. Siegl, München 80 7. Katalog gratis.



Vorzügliche Anfertigung nach Mass zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen

Ich führe sicher das, was Sie wünschen!

Sie sind es sich selbst schuldig, meine hervorragenden Muster anzusehen, bevor Sie anderweitig Ihre Garderobe bestellen. Meine Maanfertigung ist mit sämtlichen Neuheiten ausgestattet; meine Dessins sind in Preis und Qualität unvergleichlich. Ich sende Ihnen sofort franko, unter Beifügung des Rückportos, so daß Ihnen keine Kosten entstehen, meine große Musterkollektion zu und fertige Ihnen dann einen tadellos sitzenden Anzug usw. an. Es genügt, wenn Sie die meiner Kollektion beiliegende, leicht auszufüllende Maßtabelle oder ein altes Kleidungsstück einsenden; ich garantiere bei genauen Angaben für eine tadellose Passform. Beachten Sie, daß ich Fabrikant und Großhändler bin, welcher direkt an Private abgibt; Sie erhalten daher für Ihr Geld etwas außerordentliches in Preis und Qualität geliefert. Sie erhalten bei mir schon einen Maananzug in besserer Anfertigung für 30.— Mark. Natürlich liefere ich auch billigere, bessere und beste Maanzüge. Lassen Sie sich auf jeden Fall meine Muster kommen.

Goitfried Max Schulz, Görlitz i. Laus.

Wenn wir Sie sprechen könnten

würden wir Sie sicher überzeugen, dass Sie direkt aus unserer Fabrik Herren-Anzug-Stoffe
 Paletot-, Hosen-, Joppen-, Westenstoffe und Damenteuche wirklich billig kaufen und noch andere Vorteile haben. — Stets letzte Neuheiten nur bester, tragfähiger Qualitäten in grösster Auswahl
Lohmann & Assmy, Tuchfabrik Spremberg L. Postfach Nr. 121
 Verlangen Sie sofort Muster, wir senden dieselben an jedermann franko ohne Kaufzwang.

Seherblusen
 echt blauweiss gestreift u. in jeder Farbe:

	110	120	130	140	cm lg.
Qual. extra	3,40	3,60	3,80	4,00	Mk.
„ Pa.	3,10	3,20	3,35	3,50	„
„ I	2,85	3,00	3,15	3,30	„
„ II	2,55	2,70	2,85	3,00	„
„ III	2,20	2,35	2,50	2,65	„

Maschinenmeisteranzüge zu 2,50—6 Mk.
Arno Hold in Gera (A.)
 Fabrik für Berufsstellung u. Wäsche.
 Katalog frei! [47

Im Alter von 45 Jahren verstorben hier der Seherinvalide [370
Ferdinand Becker
 Seit 1887 gebildet er unsrer Organisation an und war seit elf Jahren Invalide. Er ruhe in Frieden!
 Der Bezirksverein Saarbrücken (V. d. S. B.).